https://strategic-culture.su/news/2026/11/13/europe-72-hour-kit-and-militarization-civilians/

Europa, das 72-Stunden-Set und die Militarisierung der Zivilbevölkerung

Der Weg, den Brüssel eingeschlagen hat, ist der einer permanenten Mobilisierung gegen einen äußeren Feind.



13. November 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Vom Schutz zur umfassenden Verteidigung

Innerhalb von zwei Jahren hat sich der Begriff „Notfallvorsorge“ aus dem Vokabular der Militärhauptquartiere in die europäischen Küchen verlagert. Brüssel fordert Familien auf, 72 Stunden ohne Hilfe von außen überstehen zu können; Stockholm hat jedem Haushalt eine Broschüre mit dem Titel „Wenn eine Krise oder ein Krieg ausbricht“ zugeschickt; Berlin empfiehlt schon seit Langem einen Lebensmittelvorrat für zehn Tage; und London hat gerade eine ähnliche Kampagne gestartet.

Taschenlampen, batteriebetriebene Radios, Bargeld, Wasser und Medikamente: Das Überlebensset ist zu einem politischen Thema geworden. Es lohnt sich, dies genauer zu betrachten, denn es sagt mehr über Europa aus als viele Pressemitteilungen des Rates.

Der Ablauf der Ereignisse ist klar. Im Oktober 2024 legte der ehemalige finnische Präsident Sauli Niinistö der Kommission den Bericht „Safer Together“ vor, in dem zivile und militärische Vorsorge als ein einziges Kontinuum behandelt werden. Im März 2025 wurde die „Strategie für eine Union der Vorsorge“ veröffentlicht, in der die 72-Stunden-Frist festgelegt wurde. Schweden hatte seine Broschüre bereits im November 2024 verteilt. Am 3. November dieses Jahres fügte die Kommission operative Leitlinien für Familien hinzu und kündigte einen Europäischen Tag der Vorsorge an, der ab 2027 jedes Jahr am 23. Oktober stattfinden soll. Dabei handelt es sich nicht nur um technische Anpassungen. Es ist ein Paradigmenwechsel.

Der Zivilschutz wurde in der italienischen Tradition – wie auch in weiten Teilen Europas – geschaffen, um auf Erdbeben, Überschwemmungen und Industrieunfälle reagieren zu können. Er

stützt sich auf Kommunen, Freiwillige und eine Logik der Solidarität im Anschluss an das Ereignis. Das Modell, das sich heute verbreitet, stammt jedoch aus dem nordischen Ansatz der „Totalverteidigung“, bei dem die Zivilbevölkerung ein integraler Bestandteil des nationalen Verteidigungssystems ist. Die Tatsache, dass der Verfasser des Berichts Finne ist, ist nicht nur ein biografisches Detail. Selbst der Wortschatz bestätigt dies: Man spricht nicht mehr von „Schutz“, sondern von Vorsorge und Bereitschaft – Begriffe, die aus der militärischen Planung entlehnt sind –, und das Ressort des zuständigen Kommissars trägt den Titel „Vorsorge und Krisenmanagement“.

Der europäische Katastrophenschutz wird also in die Logik der Sicherheit eingebunden. Dies ist eine politische Entscheidung und sollte als solche in den Parlamenten diskutiert werden, anstatt über Broschüren und unverbindliche Leitlinien eingeführt zu werden.

Reale Bedrohungen, politische Pädagogik

Es wäre falsch, all dies als Propaganda abzutun. Die Bedrohungen existieren und verdichten sich:

- Der Krieg in der Ukraine hat den Europäern vor Augen geführt, was sie seit 1945 vergessen hatten: In modernen Konflikten ist die zivile Infrastruktur ein vorrangiges Ziel, und seit drei Wintern leiden ukrainische Städte unter geplanten Stromausfällen und Generatoren in ihren Innenhöfen.
- Die Ostsee ist zu einem umkämpften Meeresgebiet geworden, wobei eine Reihe von Kabelbeschädigungen zum Jahreswechsel in der Beschlagnahmung eines Schiffes durch finnische Behörden gipfelte.
- Der Krieg mit dem Iran und die Hormuz-Krise haben Energie wieder zu einer strategischen Variable gemacht: Bereits im Mai schätzte die Kommission die zusätzlichen Energiekosten für die Union auf über 35 Milliarden.
- Der aufschlussreichste Fall ist jedoch ein anderer. Der Stromausfall auf der Iberischen Halbinsel am 28. April 2025 – der Spanien und Portugal stundenlang in Dunkelheit hüllte – wurde nicht durch einen Angriff verursacht. Der abschließende ENTSO-E-Bericht führt ihn auf systemische Ausfälle bei der Spannungssteuerung und Netzregelung zurück.

Das schwerwiegendste Ereignis dieses Zeitraums war somit auf die innere Anfälligkeit eines hoch komplexen Systems zurückzuführen, nicht auf einen externen Feind. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Neben der Bedrohungsanalyse kommt der Strategie jedoch auch eine aufklärende Funktion zu, was durch den Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung deutlich wird. Die Vorsorge-Strategie wurde im selben Monat vorgestellt wie der „ReArm Europe“-Plan mit seinem Zielvolumen von rund 800 Milliarden Euro. Eine Bevölkerung, die zu Hause einen Notfallrucksack bereithält, akzeptiert eher die Umschichtung öffentlicher Ausgaben zugunsten der Verteidigung und die Rhetorik einer Kriegswirtschaft. Lippmann bezeichnete diesen Prozess als „Konsensbildung“; Schmitt hätte hinzugefügt: Wer den Notstand definiert, definiert die politische Ordnung.

Schließlich gibt es noch einen weniger diskutierten Aspekt. Die individuelle Vorsorge verlagert Kosten und Verantwortung vom Staat auf die Familie. Ein Staat, der dreißig Jahre lang Leistungen gekürzt und Infrastruktur privatisiert hat, fordert nun von den Bürgern, drei Tage lang für sich selbst

zu sorgen. Zwischen den Zeilen lautet die Botschaft, dass das öffentliche System nicht sofort zur Stelle sein wird. Hinzu kommt die Unsicherheit hinsichtlich der amerikanischen Garantie: Europa beginnt, sich auf sich selbst gestellt zu sehen, und reagiert darauf mit Aufrüstung statt mit Verhandlungen.

Der Bürger als Nachhut

Das 72-Stunden-Set ist die nationale Umsetzung der Resilienz-Anforderungen, die die NATO auf dem Gipfeltreffen 2016 in Warschau festgelegt hat: Kontinuität der Regierungsführung, Energieversorgung, Nahrungsmittel- und Wasserversorgung, Kommunikation sowie Verkehr. Logistisch gesehen wird die Familie zum letzten Glied in der Kette. In den Kriegen, die wir tatsächlich erleben – Zermürbungskriege und hybride Kriege –, ist die Resilienz der Gesellschaft genauso wichtig wie die der Armeen.

Clausewitz beschrieb den Krieg als eine Dreifaltigkeit aus Volk, Armee und Regierung, und das Volk tritt dabei nicht bloß als Kulisse auf. Eine Gesellschaft, die nach drei Tagen ohne Strom zusammenbricht, kann keine Strategie aufrechterhalten, ganz gleich, wie gut ihre Streitkräfte auch bewaffnet sein mögen. Moskau und Teheran wissen das schon seit einiger Zeit; Helsinki hat es nie vergessen.

Der Preis dafür muss jedoch anerkannt werden. Wenn die Zivilgesellschaft als Nachhut einer Front organisiert ist, wird der Bürger nach und nach als Reservist neu definiert, und die Ausnahme wird zur gewöhnlichen Form der Regierungsführung. Resilienz ist ein Wert; permanente Mobilisierung ist etwas ganz anderes. Hinzu kommt eine aufschlussreiche wirtschaftliche Asymmetrie: Zivilschutzmaßnahmen kosten im Vergleich zu Panzern und Raketen sehr wenig, und genau aus diesem Grund eignen sie sich dazu, als gesellschaftlich akzeptables Aushängeschild einer weitaus kostspieligeren Aufrüstung zu dienen.

Das Risiko eines kontraproduktiven Effekts zeichnet sich bereits ab. In den letzten Wochen mussten Faktencheck-Websites der Öffentlichkeit erklären, warum sie wegen der Notfallpakete der Regierung nicht in Panik geraten sollten. In Italien löste die Ankündigung aus Brüssel im Jahr 2025 mehr Ironie als Angst aus: Eine Gesellschaft, die Erdbeben, Terrorismus und eine Pandemie überstanden hat, hat eine Immunität gegen Alarmismus à la EU entwickelt. Doch diese Ironie ist auch ein Symptom für erschüttertes Vertrauen, und Vertrauen ist die erste Ressource, die in einem echten Notfall aufgebraucht wird.

Glaubwürdige Kommunikation würde konkrete Szenarien erfordern statt allgemeiner Verweise auf Krieg; die Stimmen des Bürgermeisters und der lokalen Zivilschutzbeamten statt der eines Kommissars; und vor allem Gegenseitigkeit: Wenn die Regierung 72 Stunden Selbstversorgung fordert, muss sie konkret darlegen, was sie während dieser 72 Stunden tun wird. Andernfalls klingt die Empfehlung wie ein Eingeständnis der Hilflosigkeit, und Eingeständnisse der Hilflosigkeit führen genau zu jenem Hamsterkauf und Misstrauen, das man eigentlich vermeiden möchte.

Die digitale Front und die Rückkehr des Analogen

Europa ist digital verwundbarer, als seine Rhetorik zugeben will, auch wenn dies nicht immer in den Bereichen der Fall ist, die in den Schlagzeilen hervorgehoben werden. Der ENISA-Bericht 2025 dokumentierte fast 4.900 Vorfälle in einem einzigen Jahr: Etwa 80 Prozent lassen sich dem

Hacktivismus zuschreiben, meist DDoS-Angriffe mit geringen Auswirkungen, während staatlich orientierte Akteure ihre Spionageaktivitäten intensiviert haben, insbesondere gegen öffentliche Verwaltungen. Der Lärm ist Hacktivismus; die Gefahr liegt in der Konzentration. EU-Systeme sind von einer Handvoll Anbietern – meist von außerhalb Europas – und von einzelnen Schwachstellen abhängig, die niemand vollständig kontrollieren kann. Im September 2025 legte ein Ransomware-Angriff, der auf einen einzigen Anbieter von Check-in-Software abzielte, gleichzeitig den Betrieb in Brüssel, Berlin und Heathrow lahm. Darin liegt das wahre Wesen des Risikos: nicht in einem spektakulären Angriff auf eine zentrale Einrichtung, sondern im Kettenausfall eines hyperintegrierten Systems. Der Cyberspace ist nicht mehr nur Begleiterscheinung von Konflikten, sondern eines ihrer Schlachtfelder.

In diesem Zusammenhang ist die Rückkehr zu Bargeld und Radios alles andere als ein kurioser Anachronismus. Sie ist ein implizites Eingeständnis, dass das digitale System für sich genommen nicht widerstandsfähig ist. Während des Stromausfalls auf der Iberischen Halbinsel kamen elektronische Zahlungen zum Erliegen, und die Menschen rannten in Scharen zu batteriebetriebenen Radios, um herauszufinden, was vor sich ging. Bargeld ist zudem eine Frage der Souveränität: Eine Gesellschaft ohne physisches Geld ist vollständig von einer Infrastruktur abhängig, die ihr nicht gehört. Die Tatsache, dass den Menschen geraten wird, Banknoten zu Hause aufzubewahren, während Brüssel den digitalen Euro fördert, ist ein bemerkenswerter Widerspruch. Analoge Redundanz ist keine Nostalgie; sie ist die älteste Regel der Technik: Ein kritisches System benötigt ein Backup-System, das nicht dieselben Schwachstellen aufweist.

Weder Apokalypse noch Normalität

Man könnte versucht sein, das derzeitige Klima mit den großen Wellen kollektiver Angst aus der Vergangenheit zu vergleichen. Der Vergleich hinkt jedoch. Das Jahr 2012 war ein millenaristisches Phänomen, das von der Basis ausging, aus einer verzerrten Interpretation des Maya-Kalenders entstand und durch die Kulturindustrie sowie den Markt für Überlebensprodukte verstärkt wurde; es hatte ein konkretes Datum, und sobald dieses Datum vorüber war, verschwand die Angst. Der ähnlichste Präzedenzfall ist, wenn überhaupt, der Kalte Krieg, als Regierungen Zivilschutzhandbücher druckten und Schulkinder übten, unter ihren Schreibtischen Schutz zu suchen.

Heute ist die Quelle der Beunruhigung der Staat selbst, und es gibt kein konkretes Datum, auf das man warten müsste. Es herrscht ein allgegenwärtiger und dauerhafter Risikozustand, der als die neue Normalität dargestellt wird. Aus diesem Grund erwarte ich keine apokalyptische Hysterie à la *2012*, sondern etwas Subtileres und Dauerhafteres: eine chronische, schwach ausgeprägte Unsicherheit, die in den Alltag und damit auch in die Art und Weise, wie Gesellschaften regiert werden, einsickert. Der italienische Philosoph Agamben hat den Ausnahmezustand als Paradigma der Regierungsführung beschrieben; der Diskurs der Vorsorge läuft Gefahr, zu dessen häuslicher Version zu werden, versteckt in einem Rucksack neben der Haustür.

Der grundlegendste Unterschied bleibt bestehen. Die Ängste der Vergangenheit gingen von einem plötzlichen Ende aus. Der Prozess, den wir derzeit erleben, ist kein Zusammenbruch, sondern eine schrittweise Entkomplexifizierung: Große technologische Systeme werden teurer und schwieriger zu warten, und ihre Ausfälle treten häufiger auf und sind stärker miteinander verflochten. Der Stromausfall in Spanien ist ein Paradebeispiel dafür. Das 72-Stunden-Notfallset ist schließlich das erste offizielle Eingeständnis, dass die technogene Zivilisation nicht mehr in der Lage ist, ihren

eigenen Fortbestand ohne Unterbrechung zu gewährleisten. Dieses Eingeständnis ist gesund. Was zählt, ist die Schlussfolgerung, die daraus gezogen wird.

Der Weg, den Brüssel eingeschlagen hat, ist der einer permanenten Mobilisierung gegen einen äußeren Feind. Die Alternative wäre der Wiederaufbau von Autonomie, lokalen Kapazitäten und Infrastruktur unter europäischer Aufsicht, gepaart mit einer Diplomatie, die in der Lage ist, Risiken zu verringern, anstatt sich lediglich darauf vorzubereiten, sie zu ertragen. In einer multipolaren Welt wird Sicherheit nicht im Keller gehortet – sie wird ausgehandelt.